



Landesarbeitsgemeinschaft der
Industrie- und Handelskammern
in Sachsen-Anhalt

**Statement Carola Schaar,
Präsidentin der Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau**

Meine Damen und Herren,

der Wirtschaft in Sachsen-Anhalt geht es insgesamt verhältnismäßig gut. Das Geschäftsklima hat sich im abgelaufenen Jahr aufgehellt und aktuell befinden wir uns weiter in einer Aufwärtsbewegung, die sich durch sämtliche Branchen zieht. Das können Sie den quartalweisen Konjunkturberichten unserer Häuser entnehmen. Für Sachsen-Anhalt insgesamt finden Sie eine Analyse zum vergangenen Jahr im Bericht. Da wir uns um die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland und Sachsen-Anhalt also aktuell keine größeren Sorgen machen müssen, wenden wir uns den tatsächlichen Risiken zu.

Dazu haben wir unsere Mitglieder befragt, welches denn die größten Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung ihres Unternehmens in den kommenden zwölf Monaten seien. Da sie diese Frage im Januar 2014 beantwortet haben, wissen wir in etwa, was die Unternehmer in diesem Jahr beschäftigt. Und Sie ahnen es sicher, angesichts eines Überbietungswettkampfes mit teuren Wahlgeschenken zur letzten Bundestagswahl: Das größte Risiko sehen die Unternehmer in der Politik!

Und nun der Reihe nach:

Risiko Nummer 1: Energie- und Rohstoffkosten

Über alle Branchen hinweg stellt die Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise das größte Risiko dar. 57 Prozent sehen darin ein maßgebliches Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung ihres Unternehmens. Besonders stark betroffen sind dabei das Gastgewerbe, das Verkehrsgewerbe und die Industrie. Und da die

Politik insbesondere bei den Energiekosten kräftig mitmischt, kann man hier wohl durchaus von einem „Risiko“ sprechen. Auch wenn steigende Kosten für Unternehmer immer ärgerlich sind und beklagt werden, die Entwicklung der letzten Jahre und die Aussichten sind hier tatsächlich alarmierend. Der Wettbewerbsnachteil Deutschlands ist angesichts der vergleichsweise hohen Lohnkosten und Steuern für international agierende Unternehmen praktisch nicht wettzumachen. In der Industrie ist bereits eine deutliche Investitionszurückhaltung spürbar. Hier aber wird ein Großteil des Wirtschaftswachstums insgesamt generiert und angesichts der demografischen Entwicklung wird die Branche zukünftig noch wichtiger für das Land werden. Das heißt - um es klar zu sagen - wenn wir den Industrieunternehmen weiter solch große Steine in den Weg legen, dürfte fraglich sein, wie lange Sachsen-Anhalt noch als „Industrieland“ gelten kann. Wer den Industriestandort gefährdet, spielt mit dem Feuer: Arbeitsplätze und Wohlstand geraten in Gefahr!

Zu den Steinen, die im Weg liegen, gehören nicht nur die bereits gestiegenen Energiepreise durch EEG-Umlage und Atomausstieg. Auch die Abschaffung der Freistellung für energieintensive Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, oder die Belastung der Eigenstromerzeugung gehören dazu.

Deswegen muss das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) endlich gründlich reformiert werden. Die Erzeugung erneuerbarer Energien muss endlich nach marktwirtschaftlichen Prinzipien geschehen und nicht durch langfristige Subventionen und Preisgarantien. Klimaschutz muss man sich leisten können und dafür braucht man Unternehmen, die Gewinne erwirtschaften und Steuern zahlen.

Risiko Nummer 2: Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

Die allgemeinen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen verweisen nicht auf ein konkretes Einzelproblem, sondern sie sind eher eine Art „Indikator-Frage“ für die Gesamtzufriedenheit der Unternehmen mit der Politik. Umso beunruhigender ist es, dass dieses Risiko mit 43 Prozent auf Platz zwei rangiert und also recht

hoch eingeschätzt wird. Am häufigsten wird dieses Risiko dabei im Dienstleistungsgewerbe, der Industrie und dem Baugewerbe genannt.

Der Vergleich mit dem gesamtdeutschen Durchschnitt zeigt, dass die Einschätzungen der Unternehmen in Sachsen-Anhalt dabei nur unwesentlich ungünstiger ausfallen als bundesweit. Dies lässt vermuten, dass die wesentlichen Risiken in Bezug auf die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen eher von der Bundesebene ausgehen.

Darin finden sich die konkreten Kostenbelastungen durch Energie und Arbeit wieder, aber auch allgemein ungünstige Investitionsbedingungen. Darauf weist sogar die EU-Kommission in ihrer Kritik des deutschen Leistungsbilanzüberschusses hin: Der Grund für die Investitionszurückhaltung seien geringe Renditen durch zu hohe Kosten und Regulierung im Inland. Aha!

Deshalb müssen die deutschen Sonderbelastungen betrieblicher Kostenfaktoren gestoppt werden! Das gilt auch auf Landesebene. Komplizierte und selektive Förderrichtlinien wie z. B. durch die geplante neue Regionale Innovationsstrategie (RIS), Zusatzgebühren wie der Wassercent, komplizierte Ausschreibungsregelungen und ähnliches verteuern oder verhindern betriebliche Investitionen.

Risiken Nummer 3 und 4: Fachkräftemangel und Arbeitskosten

Der Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt ist aktuell, gemessen an den Verhältnissen der letzten Jahre, in einer vergleichsweise guten Verfassung. Die Zahl der Arbeitslosen geht kontinuierlich zurück, die Erwerbstätigkeit steigt. Der Anteil der Menschen, die noch unfreiwillig ohne Arbeit sind, lag 2013 bei 11,2 Prozent. Vor zehn Jahren war der Anteil noch fast doppelt so hoch. Die bundesweiten Arbeitsmarktreformen seitdem waren also insbesondere für unser Bundesland erfolgreich. Schon heute tritt in einigen Bereichen der Wirtschaft punktuell sogar ein Fachkräftemangel auf, der sich aufgrund der demografischen Entwicklung wohl noch zuspitzen wird. Viele Unternehmen befürchten, offene Stellen noch schwieriger als heute mit qualifizierten Bewerbern zu wirtschaftlich tragbaren Löhnen besetzen zu können. Dementsprechend werden auch die Arbeitskosten

von ähnlich vielen Unternehmen als Risiko gesehen. Hier spielt neben den allgemein steigenden Löhnen durch die zuletzt relativ hohen Tarifabschlüsse vor allem die Sorge eine Rolle, dass ein gesetzlicher Mindestlohn viele einfache Tätigkeiten unrentabel werden lässt.

Jeweils 41 Prozent der Unternehmen Sachsen-Anhalts geben den Fachkräftemangel und die Arbeitskosten als großes Risiko für ihre wirtschaftliche Entwicklung 2014 an. Die größten Probleme bereitet die durch den Mindestlohn erwartete Kostensteigerung dem Gastgewerbe und dem Verkehrsgewerbe. Die Politik wäre besser beraten, neue Hürden auf dem Arbeitsmarkt zu vermeiden, anstatt das Erreichte wieder zu verspielen. Das bedeutet auch, sinnvolle Ausnahmen für den gesetzlichen Mindestlohn zuzulassen. Langfristig sind Bildung, Ausbildung und Wissenschaft wichtige Bausteine, um das schrumpfende Arbeitskräftepotential möglichst effizient auszuschöpfen.

Weitere Risiken

Wie schon anfangs erwähnt, werden die Risiken allgemein und die derzeit von ihr ausgehenden Risiken zuvorderst genannt, wenn die Unternehmer gefragt werden. Die konjunkturelle Entwicklung erscheint den Unternehmern dagegen vergleichsweise unproblematisch. So geben nur 38 Prozent der Unternehmen an, der Inlandsabsatz stelle ein Risiko dar. Für 9 Prozent ist die Entwicklung des Auslandsabsatzes risikobehaftet. Einschränkend muss man allerdings hinzufügen, dass nur wenige Unternehmen in Sachsen-Anhalt ihre Produkte überwiegend exportieren, so dass der Auslandsabsatz auch deshalb ohnehin kein so großes Risiko darstellen kann.

Auch die Risiken auf den Finanzmärkten stellen aktuell keine große Wachstumsbremse dar. Die Finanzierung und der Wechselkurs sind aufgrund der ruhigen Situation an den Finanzmärkten aktuell wenig problematisch für die Unternehmen. Alles in allem könnte es also eigentlich ein sehr gutes Jahr für die regionale Wirtschaft werden, wären da nicht die Belastungen aus den Ministerien und Amtsstuben. Besser wäre es, man täte dort mal nichts!

Meine Damen und Herren,

zusammenfassend kann man sagen, dass das Jahr 2013 von einem konjunkturellen Umschwung - und zwar zum Positiven - geprägt war. Die Unternehmen blicken optimistisch in die Zukunft wie selten. Dennoch sehen sie erhebliche Risiken, die nicht von der Konjunktur, sondern von der Politik ausgehen. Diese Risiken sind weitgehend bundespolitischer Natur, und was hier zu tun oder zu lassen ist, habe ich angedeutet. Aber auch die Landespolitik kann ihre Gestaltungsspielräume im Interesse von Unternehmen und Steuerzahlern nutzen. Ein wichtiges Gestaltungsmittel ist dabei die Förderpolitik. Darauf wird nun Herr Präsident Olbricht eingehen.